Chef vom Dienst:

Chef vom Die

Dienstag, 26. Jänner 1988

Blatt 129

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal/Lokal:

Sallaberger gegen Präjudizierung der Donauraumjury (131/FS: 25.1.)

Drei Varianten für Gestaltung der Mariahilfer Straße (132)

Hatzl zur Gaspreisdiskussion (133)

Rücktritt von Stadtrat Braun (134)

Kultur:

1/1

Ehrenmedaille in Gold für Wolfgang Sawallisch (130/FS: 25.1.)

Ehrenmedaille in Gold für Wolfgang Sawailisch

Wien, 25.1. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Montag im Wiener Rathaus Generalmusikdirektor Wolfgang SAWALLISCH die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold.

Wolfgang Sawallisch, der heute als Operndirektor und Generalmusikdirektor der Bayerischen Staatsoper wirkt, hat in den Jahren von 1960 bis
1970 die Wiener Symphoniker als Chefdirigent geleitet. Insgesamt hat
Sawallisch rund 500 Konzerte in Wien dirigiert, und, wie Bürgermeister Zilk
sagte, damit hunderttausenden Wienern Freude an der Musik geschenkt.
Auch Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK betonte Sawallischs Verdienste
um die Musikstadt Wien, seinen Beitrag um die Weiterentwicklung der
großen Traditionen der Stadt auf diesem Gebiet.

An der Feier nahmen auch Erster Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN und Stadtrat Dr. Erhard BUSEK teil. (Schluß) gab/bs



Bereits am 25. Jänner 1988 über Fernschreiber ausgesendet!

Sallaberger gegen Präjudizierung der Donauraumjury

Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Es sei sehr interessant, daß die Wiener ÖVP-Mandatare Dr. Welan und Dr. Hawlik in einer Pressekonferenz jene unabhängige Jury präjudizieren wollen, die erst gestern mit ihren Arbeiten begonnen hat. Dies erklärte Stadtrat Günther SALLABERGER Montag nachmittag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ".

Er müsse zwar die unabhängige Jury nicht vor Einflüssen von außen "schützen", weise aber derartige Versuche eindeutig zurück, sagte Sallaberger.

Überdies scheinen die beiden ÖVP-Mandatare äußerst unzulänglich, bzw. gar nicht über jenen Informationsstand Kenntnis zu besitzen, den die Jury hat.

Entgegen den ÖVP-Feststellungen entscheide zwar die Jury derzeit nur mehr über den Teilbereich C, also die Kraftwerksprojekte, sie fungiere aber zu den bereits prämiierten Wettbewerbsteilen A und B als beratendes Gremium nach Art eines Gutachterverfahrens, betonte Sallaberger.

Zur angeblichen "Kollision" zwischen Weltausstellung und Kraftwerksprojekt sei festzustellen, daß das Kraftwerk erstens das eigentliche Stadtgebiet nicht betrifft, und es zweitens grundsätzlich möglich wäre, dieses Projekt noch vor 1995 fertigzustellen.

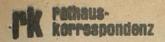
Unrichtig sei auch, daß wesentliche Untersuchungen nicht abgeschlossen sind. Die Untersuchungen zur Gewässergüte wurden im Auftrag der Stadt Wien durchgeführt, liegen vor und wurden der Jury vorgetragen. Es ist Sache der Jury und auch künftig mit der Umweltverträglichkeitsprüfung befaßter Gremien, allenfalls notwendige weitere Untersuchungen zu veranlassen.

Wiener entscheiden über ein Kraftwerk

Die ÖVP scheine — so Sallaberger — alle bisherigen eindeutigen Aussagen vor allem des Bürgermeisters ignorieren zu wollen, der festgestellt hat, daß die Wiener Bevölkerung nach Vorliegen aller Untersuchungsergebnisse, also auch nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung, über die Errichtung eines Kraftwerks Freudenau entscheiden wird.

Wie Sallaberger abschließend betonte, werde er dafür Sorge tragen, daß die Jury bis zu ihrer Entscheidung am Donnerstag autonom bleibt. Danach werde er für eine umfassende Information der Wiener Bevölkerung sorgen, die Zeit und Möglichkeiten genug haben müsse, um ihre Entscheidung im Sinne der Regierungserklärung des Bürgermeisters vorbereiten und treffen zu können. (Schluß) If/gg

Bereits am 25. Jänner 1988 über Fernschreiber ausgesendet!



Drei Varianten für Gestaltung der Mariahilfer Straße

Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) Die Planung für die Straßenraumgestaltung der Mariahilfer Straße zwischen Europaplatz und Ring nach der Fertigstellung der U3 ist nunmehr in eine entscheidende Phase getreten. Planungsstadtrat Günther SALLABERGER berichtete darüber am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Nach einem internationalen Expertengespräch im Wiener Rathaus Anfang 1987 über die Zukunft der Mariahilfer Straße wurden im Einvernehmen mit der Wiener Handelskammer drei Architekten (teams) beauftragt, je einen Entwurf über die künftige Gestaltung der Mariahilfer Straße auszuarbeiten.

Diese drei Entwürfe liegen — gemeinsam mit einer Verkehrsstudie — nunmehr vor.

VARIANTE A

Diese von der Architektengruppe U-Bahn erstellte Variante sieht eine boulevardartige Gestaltung ähnlich der Praterstraße und der Landstraßer Hauptstraße vor.

VARIANTE B

Erstellt von Architekt G. FRICK, sieht diese Lösung gestaltungsintensivere Abschnitte in der Mariahilfer Straße mit teilweisen Überdachungen sowie "Pforten" beim Europaplatz und am unteren Ende vor.

VARIANTE C

Diese von den Architekten A. KRISCHANITZ und L. REDL vorgelegte Variante kommt dem historischen Zustand der Mariahilfer Straße durch einen Mittelstreifen mit Baumreihen am nächsten.

Durchfahrtsmöglichkeit/Temporäre Fußgängerzonen

Alle drei Varianten sehen in beiden Fahrtrichtungen Durchfahrtsmöglichkeiten durch die gesamte Mariahilfer Straße vor. Temporäre Fußgängerzonen können durch Umleitungen bei einer minimalen Belästigung der Wohnbevölkerung für Veranstaltungen kurzfristig eingerichtet werden.

Zeitplan: Beginn der Gestaltungsarbeiten Ende 1989

Stadtrat Sallaberger kündigte an, daß die Arbeiten an einer der Gestaltungsvarianten — die Interessensvertretungen sind nun eingeladen, dazu Stellung zu nehmen — im Herbst 1989 begonnen werden könnten. Großräumige Arbeiten können allerdings erst nach der Fertigstellung der U 3 und der endgültigen Entscheidung über die Straßenbahngeleise in der Mariahilfer Straße erfolgen.

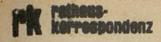
Problem Radweg

Die Varianten sehen selbstverständlich den von Bürgermeister Zilk angekündigten Radweg vor; wie Sallaberger in der Pressekonferenz sagte, stelle dieser Radweg allerdings ein Problem dar, das noch ausdiskutiert werden müsse.

Bei allen drei Varianten käme es bei der Errichtung eines Radweges bei den von den Anrainerbezirken geforderten beidseitigen U-Bahn-Aufgängen — die wegen der ebenfalls geforderten Rolltreppen relativ breit werden müssen — an mindestens zwei Stellen der Mariahilfer Straße zu bedenklichen Engpässen.

Sallaberger verwies auf Gespräche mit der ARGUS, die auf einen eigenen Radweg in der Mariahilfer Straße verzichten würde, wenn die — ohnehin vorgesehene — 30-km/h-Geschwindigkeitsbegrenzung das Mitfahren der Radfahrer im Verkehr ermöglicht. Eine weitere Lösungsmöglichkeit bietet sich mit einer Verlegung der Radroute in die Lindengasse an.

Sallaberger betonte, daß er selbstverständlich alles daran setzen werde, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen, die die zugesagte und notwendige Radverbindung zwischen dem Ring-Rund-Radweg und dem Radweg, der bereits jetzt im 15. Bezirk zum Gürtel führt, ermöglicht. (Schluß) If/bs/gg



Hatzi zur Gaspreisdiskussion

Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) Die Behauptung von Stadtrat Dr. Busek, daß "der zuständige Stadtrat keine Möglichkeit sah, den Gaspreis zu senken, ist falsch", sagte Energiestadtrat Johann HATZL Dienstagzu einer diesbezüglichen Aussendung der Wiener ÖVP. "Ich habe festgestellt, daß eine Senkung mit 1. Februar nicht möglich wäre, weil es bei den Einstandskosten aufgrund der geltenden Verträge drei- bis sechsmonatige Nachlauffristen gibt. Ich habe aber sehr wohl die Möglichkeit einer Senkung per 1. April offengelassen. Diese Tarifsenkung hat nun Bürgermeister Dr. Helmut ZILK festgelegt".

Busek solle nicht immer Äpfel mit Birnen vergleichen, sagte Stadtrat Hatzl zu dem Vergleich mit Niederösterreich. Verschiedene Gasgesellschaften hätten unterschiedliche Strukturen. So gibt es in Wien 80 Prozent Kleinabnehmer, während in Niederösterreich das Verhältnis nahezu umgekehrt ist, was natürlich die Gasverteilung in Wien wesentlich verteuert. Busek sollte sich, so Hatzl, einmal von einem ihm nahestehenden Vertreter der Gaswirtschaft sachlich informieren lassen.

Die Einstandspreise machen bei der Kalkulation des Gastarifes rund ein Drittel aus, die restlichen zwei Drittel setzen sich aus Investitions-, Erhaltungs- und Personalkosten zusammen. In diesem Bereich hat es im Vergleich zum Jänner des Vorjahres Steigerungen um bis zu 12 Prozent gegeben, stellte Hatzl fest.

Schließlich sollte Busek, sagte Hatzl, die Presseaussendungen seines Parteifreundes, des Generaldirektors der EVN, genauer lesen. Darin werde eindeutig festgestellt, daß die Auswirkungen der rückläufigen Einstandspreise "vorgezogen" werden. Ein solches Vorziehen sei aus politischen Motiven, wie beispielsweise vor der Tür stehenden Landtagswahlen, natürlich möglich, könne aber nicht Grundlage für sachliche Entscheidungen in Wien sein.

Mit der Garantie bis Dezember 1988 habe Bürgermeister Dr. Zilk klar gestellt, daß nicht nur in der auslaufenden Heizperiode, sondern sicher auch in der kommenden billiger geheizt werden könne, schloß Hatzl. (Schluß) roh/bs



Rücktritt von Stadtrat Braun

Dr. Michael Häupl voraussichtlicher Nachfolger

Wien, 26.1. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Umweltstadtrat Helmut BRAUN hat heute, Dienstag, seinen Rücktritt erklärt. Er richtete folgendes Schreiben an Bürgermeister Dr. Helmut Zilk:

"Während meiner ehrenamtlichen Funktion als Vorsitzender des Kuratoriums der Handelsschulen und Handelsakademien des BFI (1975-1984) sind nach den bisherigen Erhebungen Unregelmäßigkeiten bei der Führung der Konten und bei Auszahlung von Beträgen aufgetreten. Ich bin mir keiner persönlichen Schuld bewußt und habe daher alle Schritte eingeleitet, um eine restlose Klärung herbeizuführen und mich von einem behaupteten Verdacht zu befreien.

Da ich die Verwaltung der Stadt Wien sowie jene Organisationen, wie ÖGB, AK und SPÖ, die mich in meine politischen Funktionen entsandt haben, aus jeder Diskussion heraushalten will, ziehe ich nach meinem Verständnis für politische Verantwortung die Konsequenz und trete als Stadtrat der Stadt Wien zurück."

Zilk würdigt beispielhaftes Verhalten

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK würdigte den Schritt von Stadtrat Helmut Braun als positives Beispiel, das sich von den Usancen dieses Landes vorteilhaft unterscheide. Er, Zilk, habe allen Grund zur Annahme, daß es Braun gelingen werde, auf rechtlichem Weg eine Klärung jener Angelegenheit herbeizuführen. Dies erfordere jedoch längere Zeit. Die rasche und klare Konsequenz, die Helmut Braun gezogen habe, sei menschlich und politisch vorbildlich.

Dr. Michael Häupl soll neuer Umweltstadtrat werden

Bürgermeister Zilk kündigte an, daß er dem Wiener Ausschuß der SPÖ noch in dieser Woche Gemeinderat Dr. Michael HÄUPL als Nachfolgervon Stadtrat Helmut Braun vorschlagen werde. Häupl soll sein Amt bereits am Freitag antreten.

Dr. Michael Häupl wurde am 14. September 1949 in Altlengbach/Niederösterreich geboren, besuchte das Bundesrealgymnasium in Krems, studierte an der Universität Wien Biologie und Zoologie und wurde 1977 zum Dr. phil. promoviert. Seit 1975 ist Häupl wissenschaftlicher Mitarbeiter des Naturhistorischen Museums.

Häupl ist seit 1974 Mitglied der SPÖ, war von 1975 bis 1977 Bundesvorsitzender des VSStÖ, seit 1982 Landesvorsitzender der Jungen Generation und gehört seit 1983 dem Wiener Landtag und Gemeinderat an. Häupl ist Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses für Umwelt und Sport. (Schluß) ger/gg